

Stand: 30.12.2025 00:28:56

## Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2772

### "Novellierung kommunalfeindlicher ÖPNV-Verordnung verhindern"

---

#### Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2772 vom 16.07.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/3966 des WI vom 02.10.2014
3. Beschluss des Plenums 17/4211 vom 12.11.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 12.11.2014



## Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### Novellierung kommunalfeindlicher ÖPNV-Verordnung verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass von der schon derzeit im Mitentscheidungsverfahren laufenden Novellierung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates auf Bundes- und Europaebene vollständig abgesehen wird,
2. sich im Falle der Nichtdurchsetzbarkeit dieser Forderung im Rahmen der weiteren Verhandlungen dafür einzusetzen, dass eine kommunalfreundliche Ausgestaltung erfolgt und unnötige Überregulierung verhindert wird.

Hierbei soll sich die Staatsregierung insbesondere für die Berücksichtigung folgender Punkte einsetzen:

- a) Herausnahme der Einführung von multimodalen Plänen für den öffentlichen Verkehr und damit der hierdurch erfolgenden Einschränkungen der Direktvergabe, die den Kommunen die Erfüllung ihres Aufgabenbereichs erschweren.
- b) Herausnahme der jährlichen Berichtspflichten an die EU-Kommission über Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und Kundenzufriedenheit.
- c) Herausnahme des Unterkompensationsverbots, durch das der steuerliche Querverbund ins Leere laufen würde.

### Begründung:

Die Novellierung der in Rede stehenden Verordnung kommt zu früh. Sie erfolgt ohne Erfassung und Bewertung der örtlichen Situationen des ÖPNV, nicht zuletzt weil erst zum 1. Januar 2013 die Änderungen des Personenbeförderungsgesetzes zur Anpassung an die europäischen Bestimmungen in Kraft getreten sind.

Sollte die Novellierung nicht aufgehalten werden können, gilt es größeren Schaden für die Kommunen als wichtige Organisatoren des Öffentlichen Personennahverkehrs in Bayern abzuwenden. So muss einerseits erreicht werden, dass die Möglichkeiten der Direktvergabe durch die in den multimodalen Plänen vorgesehene Pflicht zur Bestimmung der Vergabeart nicht ins Leere läuft. Außerdem muss die jährliche Berichtspflicht an die EU-Kommission verhindert werden. Sie ist für die Kommunen aber auch für die EU-Kommission selbst ungemein bürokratisch und würde zu einer unverhältnismäßigen Überregulierung führen.

Schließlich ist es erforderlich, das neu eingefügte Unterkompensationsverbot herauszunehmen, durch das der steuerliche Querverbund weitgehend ins Leere liefe. Denn die Verrechnung von defizitären Leistungen mit Gewinnen ist allerdings eine wichtige Steuerungsmöglichkeit, um ein flächendeckendes Nahverkehrsangebot zu einem vertretbaren Entgelt anbieten zu können.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie**

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
Drs. 17/2772

**Novellierung kommunalfeindlicher ÖPNV-Verordnung verhindern**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass nach dem Wort „aufgefordert“ das Wort „weiterhin“ eingefügt wird.

Berichterstatter: **Thorsten Glauber**  
Mitberichterstatter: **Klaus Holetschek**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 2. Oktober 2014 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

**Erwin Huber**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/2772, 17/3966

### **Novellierung kommunalfeindlicher ÖPNV-Verordnung verhindern**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, weiterhin

1. sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass von der schon derzeit im Mitscheidungsverfahren laufenden Novellierung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Okto-

ber 2007 über öffentliche Personenverkehrsdieste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates auf Bundes- und Europaebene vollständig abgesehen wird,

2. sich im Falle der Nichtdurchsetzbarkeit dieser Forderung im Rahmen der weiteren Verhandlungen dafür einzusetzen, dass eine kommunalfreundliche Ausgestaltung erfolgt und unnötige Überregulierung verhindert wird.

Hierbei soll sich die Staatsregierung insbesondere für die Berücksichtigung folgender Punkte einsetzen:

- a) Herausnahme der Einführung von multimodalen Plänen für den öffentlichen Verkehr und damit der hierdurch erfolgenden Einschränkungen der Direktvergabe, die den Kommunen die Erfüllung ihres Aufgabenbereichs erschweren.
- b) Herausnahme der jährlichen Berichtspflichten an die EU-Kommission über Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und Kundenzufriedenheit.
- c) Herausnahme des Unterkompensationsverbots, durch das der steuerliche Querverbund ins Leere laufen würde.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 4, die einzeln beraten werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2 – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte nochmals darum, die Plätze wieder einzunehmen und an der Abstimmung teilzunehmen oder draußen weiterzusprechen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)****Es bedeuten:**

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zukunftsfähige Mobilität für Bayern: Der Bund muss eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherstellen  
Drs. 17/2215, 17/3969 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU  
Auswirkungen von Stromleitungen auf Mensch und Natur  
Drs. 17/2314, 17/3963 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,  
Andreas Lotte u.a. SPD  
Basisstationen für ein LTE-Netz aufrüsten  
Drs. 17/2528, 17/3965 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl,  
Klaus Adelt u.a. SPD  
Umweltkriminalität aufdecken – Ermittlungsbehörden stärken!  
Drs. 17/2590, 17/3727 (E)

**der Antrag wird gesondert beraten**

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,  
Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünniker und Fraktion (CSU)  
Schweinekrankheit PED im Auge behalten  
Drs. 17/2675, 17/3728 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Pflichtmitgliedschaft der Jagdpächter in der SVLFG abschaffen  
Drs. 17/2682, 17/3981 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	<input type="checkbox"/>	A

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Aufgaben und strategische Entwicklungsfelder des bürgerschaftlichen  
Engagements in Bayern  
Drs. 17/2765, 17/3988 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Einsatz von alternativen Bekämpfungsmethoden gegen den Asiatischen  
Laubholzbockkäfer  
Drs. 17/2771, 17/3982 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Novellierung kommunalfeindlicher ÖPNV-Verordnung verhindern  
Drs. 17/2772, 17/3966 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Martin Güll, Margit Wild u.a. SPD  
Jungen in Bayern besser fördern!  
Drs. 17/2793, 17/3947 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Helga Schmitt-Büssinger u.a. SPD  
Sanierungspläne für die Festung Marienberg und gegebenenfalls neuer Standort  
für das Staatsarchiv  
Drs. 17/2795, 17/4060 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD  
Transparenter Kostenvergleich einer Ansiedlung von Hochschuleinrichtungen  
im ehem. Quelle-Gebäude gegenüber einer Ansiedlung „Auf AEG“  
Drs. 17/2796, 17/4061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD  
Internationalisierungsprojekt FHWS i-Campus auf dem ehemaligen Ledward-Gelände  
Drs. 17/2797, 17/4062 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD  
Bezahlssysteme für öffentliche Verkehrsangebote digitalisieren  
Drs. 17/2819, 17/3967 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD  
Ausfälle und Verspätungen bei der Münchner S-Bahn abstellen  
Drs. 17/2823, 17/3968 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>